

Erklärung des Landesvorstandes zu Pegida in Dresden

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 16. Januar 2015

Beschluss: Der Landesvorstand beschließt, die Erklärung zu Pegida in Dresden.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Enthaltung beschlossen.

f.d.R.

Dresden; den 16. Januar 2015



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Erklärung des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Sachsen

Seit nunmehr 13 Wochen finden jeweils montags in Dresden sogenannte „Spaziergänge“ einer Gruppe statt, die sich PEGIDA nennt, ein Akronym für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

Was ist Pegida aus unserer Sicht?

In der Analyse der letzten Wochen lassen sich aus unserer Sicht mehrere Feststellungen treffen.

1. Das Pegida-Organisationsteam um Lutz Bachmann, Kathrin Oerthel, Rene Jahn, Siegfried Daebritz und weiteren setzt sich zusammen aus Personen, die sich teilweise seit Jahren kennen und über gemeinsame Verbindungen zu zwielichtigen Milieus und zu extrem rechten Gruppierungen zusammen gehalten werden. Gemeinsam haben sie eine bislang politisch eher unauffällige Biographie, eine rassistische Ideologie und eine auch sonst im prekären Mittelstand anzutreffende Grundangst vor sozialem Abstieg, die von ihnen mit einer einfachen Formel beantwortet wird: Schuld sind alle Fremden.

Der ursprünglich kund getane Anlass, eine pro-kurdische Demonstration in Dresden, ist längst vergessen und man versucht, politische Deutungshoheit und Wirkung dahingehend zu erzielen, eine grundlegende Änderung in der deutschen Asylpolitik zu erreichen. Unter Verbreitung einer völkisch-rassistischen Ideologie wird auf der Straße der Pakt mit gewaltbereiten Gruppen in Kauf genommen, ebenso wie mit Hooligans oder extrem rechten Gruppierungen. Gleichzeitig gibt es immer wieder Verständigungsversuche mit der AfD, um eine Art politischen Arm der Bewegung zu etablieren. Zum ideologisch durch verschiedene Verschwörungstheorien inspirierten Weltbild der Pegida-Organisator_innen gehört eine Ablehnung jeglicher kritischer Presseberichterstattung und die, wenn auch immer gegenteilig behauptete, de facto in Fragestellung der Pressefreiheit durch das aus dem Nazi-Wortkanon übernommene Wort „Lügenpresse“. Gleichzeitig verweigert man sich jeglichem Dialogangebot und ruft auch die Anhänger_innen auf, nicht mit Pressevertreter_innen oder anderen kritisch Fragenden zu sprechen. Es wird ein klares „Wir gegen die“-Feindbild konstruiert, wobei „die“ im Zweifel eben die Anderen, die Fremden, die „links-grünen-Gutmenschen“, die „linksversifftte Presse“ oder die „Asylantenlobby“ sind.

2. In Dresden wächst bislang Pegida wöchentlich. Die Teilnehmer_innenschaft setzt sich dabei höchst heterogen zusammen. Unter den zuletzt am 12. Januar ca. 25.000 Menschen bei Pegida finden sich sowohl von der Politik in Gänze enttäuschte oder mit diffusen Ängsten vor Überfremdung oder sozialem Abstieg ausgestatte Bürger_innen ohne klare politische Agenda, ebenso Hooligans, extrem rechte Gruppen und Parteien (wie zum Beispiel die NPD, die immer wieder offen ihre Teilnahme bekundet). Seit einigen Wochen wird dabei ein zunehmender Teil der Mitlaufenden nicht mehr aus Dresden und Umgebung rekrutiert; stattdessen kann allwöchentlich eine massive Anreisewelle aus dem gesamten Bundesgebiet beobachtet werden. Dass Dresden damit zum zweiten Mal innerhalb der jüngeren Geschichte zum Auflaufort rassistischer Massendemonstrationen wird - bis 2009 fand in Dresden im Februar ungehindert der größte Naziaufmarsch Europas statt - und es bislang nicht gelungen ist, dem aus der zivilgesellschaftlichen Bewegung heraus wirksam etwas entgegenzusetzen, bereitet uns große Sorgen und sollte auch alle handelnden Personen in Dresden und Sachsen in größte Sorge versetzen.

3. Pegida ist bisher als bundesweite Bewegung gescheitert. Eine Ausbreitung der Märsche auf andere Städte ist in Deutschland fast überall unterbunden worden. Selbst innerhalb Sachsens stellt sich die Situation höchst unterschiedlich dar, betrachtet man das am 12. Januar in Leipzig zwar auch 5.000 Menschen unter dem Label Legida auf die Straße gingen, sich aber einer Masse von 35.000 Gegendemonstrant_innen gegenüber sahen.

Diese Feststellung ist so beruhigend wie beunruhigend zugleich: beruhigend, weil es zeigt, dass der politische Diskurs in Deutschland, anders als 1992, stärker zu Gunsten der Rechte von Asylsuchenden ausgerichtet ist und eine Vielzahl der Menschen sich gegen rassistische Parolen offen positionieren.

Beunruhigend aber, weil das offensichtlich für Sachsen und im Besonderen für Dresden nicht zu gelten scheint.

Was der damalige Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) 2011 als „sächsische Demokratie“, also besondere sächsische Verhältnisse, charakterisierte, wird 2014/2015 durch Pegida und die Reaktion der CDU als in Regierungsverantwortung stehende Partei mehr als deutlich:

Sachsen hat ein Defizit im demokratischen Diskurs und einer demokratischen Protestkultur!

Bestes Beispiel dafür war die Inszenierung einer vermeintlich gegen Pegida gerichteten Großkundgebung am 10. Januar von Ministerpräsident Tillich und der Dresdner Oberbürgermeisterin Orosz. Erst nach über elf Wochen Pegida-Demonstrationen erwacht, vergaß man zunächst, die Akteur_innen einzuladen, die sich von Beginn an gegen Pegida stellen. Statt dann, als Personen in politischer Verantwortung, ganz praktisch etwas für Flüchtende in Sachsen zu tun – zum Beispiel durch die Anordnung eines Winterabschiebestopps – werden große Symbole inszeniert, denen keine politischen Handlungen folgen. Und dann werden selbst diese Symbole noch ad absurdum geführt, wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag alle Pegida-Teilnehmer explizit mit einlädt.

Was also ist zu tun?

DIE LINKE. Dresden ist seit vielen Wochen gegen Pegida aktiv! Wir sind sowohl als Teil des Bündnisses „Dresden Nazifrei“, sowie als Bündnispartnerin bei „Dresden für alle“, mit unseren Genoss_innen vor Ort, unseren kommunalen Mandatsträger_innen, Landtags- und Bundestagsabgeordneten an der Organisation und Durchführung der Proteste beteiligt. Weil wir es als Teil des Selbstverständnisses unserer Partei ansehen, die Menschen und Organisationen zu stärken, die sich friedlichem, antirassistischem und antifaschistischem Engagement verpflichtet fühlen. Daher wird auch in den kommenden Wochen unsere Solidarität und praktische Unterstützung, dort wo wir sie leisten können, den Demonstrant_innen gehören, die sich montags konkret gegen Pegida auf die Straße begeben. **Als Landesvorstand der LINKEN Sachsen rufen wir deshalb alle Genoss_innen unserer Partei auf, so es ihnen möglich ist, die Proteste gegen Pegida in Dresden zu unterstützen. Wir werden eigene Gesprächsangebote unterbreiten u.a. für Demokratie- und Flüchtlingsinitiativen.**

Gleichzeitig wollen wir alle Genoss_innen motivieren, im Alltag überall da zu helfen, wo Flüchtende aufgenommen werden sollen und Hilfe benötigen – sei es in Form von Sachspenden, Sprachkursen oder Begleitung bei Behördengängen etc. Wenn ihr für euer Engagement keine konkreten Ansprechpartner_innen findet, helfen wir euch gerne suchen. Weltoffenheit entsteht nicht durch schöne Reden und große Symbole, sondern vielmehr durch praktisches Handeln. Davon kann Sachsen noch einiges mehr vertragen.

Da wir wissen, dass sich überall in Deutschland bereits viele Genoss_innen vor Ort Pegida-Ablegern erfolgreich in den Weg gestellt haben und nun ein lebendiges Interesse daran besteht, auch dem Ursprung dieser rassistischen Bewegung in Dresden gemeinsam entgegen zu treten, werden wir in Abstimmung mit anderen Landesverbänden, dem Bundesverband und den Akteur_innen in Dresden versuchen, die Solidarität und die Unterstützung der Genoss_innen in geeignete Bahnen zu lenken.